



Ministerium des Innern und für Sport • Postfach 3280 • 55022 Mainz

Staatskanzlei
Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
beim Bund und der Europäischen Union
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau
55116 Mainz

Ministerium der Finanzen
55116 Mainz

Ministerium der Justiz
55116 Mainz

Ministerium für Arbeit, Soziales,
Familie und Gesundheit
55116 Mainz

Ministerium für Bildung,
Frauen und Jugend
55116 Mainz

Ministerium für Umwelt
und Forsten
55116 Mainz

Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung,
Forschung und Kultur
55116 Mainz

Ministerium des Innern
und für Sport

Der Minister

Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz
Telefon 0 61 31 / 16 - 0
Telefax 0 61 31 / 16 37 20

AS

- 2 -

Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 1

55116 Mainz

Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz	
21. Feb. 2006	
AZ:	FL

AI

Städtetag Rheinland-Pfalz
Freiher-vom-Stein-Haus
Deutschhausplatz 1

55116 Mainz

Landkreistag Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 1

55116 Mainz

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen,
Meine Nachricht vom

Durchwahl

Datum

30 201-2:353

3323

AS Februar 2006

Freistellung Feuerwehrangehöriger und Katastrophenschutz Helfer

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich der Novellierung des Landesgesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Brand- und Katastrophenschutzgesetz – LBKG) möchte ich Sie über die Änderungen informieren, die die Dienstherren, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im öffentlichen Dienst betreffen.

Ohne den flächendeckenden Einsatz der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen und der Helfer im Katastrophenschutz ließe sich das derzeitige hohe Niveau im Brand- und Katastrophenschutz und in der Allgemeinen Hilfe nicht halten. Unsere Gesellschaft ist auf das Engagement der Ehrenamtlichen in der Gefahrenabwehr angewie-

sen. Wie Sie wissen, hängen die Wirtschaftskraft, Vitalität und Prosperität von Gemeinden und Städten als Wohn-, aber auch als Gewerbe- und Industriestandorte nicht zuletzt von der Qualität und dem Grad der öffentlichen Sicherheit ab.

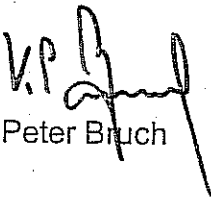
Mit dem novellierten LBKG wurden verschiedene Änderungen im Bereich der Freistellung von der Arbeitspflicht vorgenommen, um die Ehrenamtlichen in ihrem Engagement zu unterstützen, die Effektivität der Gefahrenabwehr zu sichern und das Freistellungsverfahren zu vereinfachen. Gemäß § 13 Abs. 2 Satz 2 LBKG entfällt für die ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen die Arbeitspflicht für die Dauer von Einsätzen, Übungen, Lehrgängen oder sonstigen Veranstaltungen der Feuerwehr auf Anforderung der Gemeinde. Davon werden auch die notwendigen Ruhezeiten nach nächtlichen Einsätzen erfasst. Für die Dauer der Arbeitsbefreiung haben die Arbeitnehmer einen Anspruch auf Fortzahlung der Löhne oder Bezüge, Sozialabgaben und aller sonstigen Leistungen. Eine gesonderte Freistellung durch den Dienstherrn, den Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin ist nicht erforderlich. Die ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren sind schon per Gesetz von der Arbeitspflicht befreit. Ein Ermessen der Behörde, über die Freistellung zu entscheiden besteht damit grundsätzlich nicht.

Ich stelle ausdrücklich klar, dass gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 LBKG diese Regelungen nicht nur für Feuerwehrangehörige gelten, sondern in gleichem Maße auch für Einsätze und Ausbildungsveranstaltungen der Helfer im Katastrophenschutz und der Mitglieder der Hilfsorganisationen. Dem Schreiben liegt ein kurzer Leitfaden über die Regelungen bei, der auf weitere Einzelfragen und Besonderheiten eingeht.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Fußball-Weltmeisterschaft in diesem Jahr hinweisen. Dieses einmalige Großereignis bietet eine große Chance für unsere Region, stellt aber auch hohe Anforderungen an die Sicherheit, die gewährleistet sein muss. Es müssen daher während der Länderspiele in Kaiserslautern Einsatzkräfte aus dem gesamten Land zusammengezogen werden. Das Gelingen der Fußballweltmeisterschaft liegt in unser aller Interesse. Gerade die öffentlichen Stellen sollten sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein. Ich möchte daher darum bitten, der Rechtslage entsprechend die notwendigen Kräfte freizustellen.

Ich bitte Sie im Interesse der Funktionsfähigkeit der Gefahrenabwehr und der Vermeidung unnötiger Reibungsverluste, dieses Schreiben und den beiliegenden Leitfa-
den an Ihren nachgeordneten Bereich bzw. an Ihre Mitgliedsverwaltungen weiterzu-
leiten.

Mit freundlichen Grüßen


Karl Peter Bruch